

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen
(24. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Kassner, Fabio De Masi, Heidrun Bluhm-Förster, weiterer Abgeordneter und der Fraktion **DIE LINKE**.
– Drucksache 19/17772 –

Gleichwertige Lebensverhältnisse in starken Kommunen

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Britta Haßelmann, Markus Tressel, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**.
– Drucksache 19/10639 –

Gleichwertige Lebensverhältnisse überall – Gutes Leben und schnell unterwegs in Stadt, Land und Netz

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Tressel, Britta Haßelmann, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**.
– Drucksache 19/10640 –

Pakt für lebenswerte Regionen schließen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die Abwärtsspirale finanzschwacher Kommunen zu stoppen. Dazu sollen die Kommunen mit Hilfe eines Altschuldenfonds unter Beteiligung des Bundes finanziell in Bezug auf die Altschulden entlastet werden.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, eine Strategie zu entwerfen, die eine Antwort auf die Herausforderung der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse geben soll.

Zu Buchstabe c

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, einen „Pakt für lebenswerte Regionen“ als gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern zu initiieren. Mit diesem Pakt soll eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz verankert werden, ein Bund-Länder-Programm „Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle“ geschaffen und eine „Räumliche Grundsicherung“ eingeführt werden.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/17772 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/10639 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/10640 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme eines Antrags oder mehrerer Anträge.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/17772 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/10639 abzulehnen;
- c) den Antrag auf Drucksache 19/10640 abzulehnen.

Berlin, den 24. März 2021

Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Mechthild Heil
Vorsitzende

Torsten Schweiger
Berichterstatter

Bernhard Daldrup
Berichterstatter

Udo Theodor Hemmelgarn
Berichterstatter

**Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann**
Berichterstatterin

Kerstin Kassner
Berichterstatterin

Britta Habelmann
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Torsten Schweiger, Bernhard Daldrup, Udo Theodor Hemmelgarn, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Kerstin Kassner und Britta Haßelmann

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 19/17772** wurde in der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. März 2020 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen und zur Mitberatung an den Finanzausschuss und den Haushaltsausschuss überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 19/10639** wurde in der 108. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Juni 2019 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen und zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Antrag auf **Drucksache 19/10640** wurde in der 108. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Juni 2019 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen und zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit sowie den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/17772 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

1. gemeinsam mit den Ländern eine bedarfsgerechte öffentliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten und dafür Sorge zu tragen, in allen Regionen Deutschlands gleichwertige Lebensverhältnisse als gesamtstaatliche Aufgabe herzustellen;
2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftsteuer – unter Einbeziehung aller unternehmerisch Tätigen und mit breiterer Bemessungsgrundlage bei gleichzeitiger Erhöhung des Freibetrages – weiterentwickelt werden soll;
3. einen Gesetzentwurf vorzulegen, der auf Bundesebene ein verbindliches Konnexitätsprinzip verankere und Erweiterungen bereits bestehender Aufgaben sowie Aufgabenübertragungen, welche schon vor der Föderalismusreform I stattfanden, umfassen soll;
4. einen Gesetzentwurf vorzulegen, der vorsehe, dass der Bund den Ländern die den zuständigen Trägern entstehenden Nettoausgaben für Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (KdU) zu 100 Prozent erstatten soll;
5. gemeinsam mit den Ländern einen Solidarpakt III aufzulegen, welcher strukturschwache Kommunen bei der Bewältigung des Strukturwandels unterstützen soll;

6. die Verhandlungen über einen Altschuldenfonds als Bundesfonds zur Senkung der Zins- und Tilgungsverpflichtungen zum Abschluss zu bringen;
7. die Altschulden kommunaler Wohnungsunternehmen in Ostdeutschland unverzüglich zu streichen;
8. bereits existierende Bundesprogramme zur Förderung und Entlastung der Kommunen zu bündeln, Förderkriterien bedarfsgerecht anzupassen und zu verstetigen;
9. Kriterien für den sogenannten „Gleichwertigkeits-Check“, als eine Maßnahme der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, vorzulegen, welcher zur Prüfung der Wirkung aller Gesetzesvorhaben auf gleichwertige Lebensverhältnisse herangezogen werden soll;
10. Kriterien für die Vergabe von Neuansiedlungen und Ausgründungen von Behörden und Ressortforschungseinrichtungen in strukturschwachen bzw. vom Strukturwandel betroffenen Regionen vorzulegen und die jeweiligen Entscheidungen transparent darzulegen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/10639 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

1. die Förderpolitik zeitgemäß auszugestalten, Freiräume und Ansprechpartner zu schaffen, um dort zu fördern, wo es am nötigsten sei, und dafür
 - 1.1. eine neue Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge auf den Weg zu bringen, die gezielt strukturschwache Regionen fördere und mit Regionalbudgets und Regionalmanagements Freiraum für neue Ansätze schaffe;
 - 1.2. eine finanzielle Unterstützung der Kommunen zielgerichteter auf deren unterschiedliche Finanzsituation hin auszurichten und Kommunen mit hohen Sozialausgaben stärker bei Grundsicherungsleistungen zu entlasten; hochverschuldete Kommunen bräuchten eine Unterstützung von Bund und Land zur Bewältigung ihrer Altschulden;
 - 1.3. einen besseren Fördermitteleinsatz für ländliche Räume durch eine Verstetigung des Sonderrahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) zur Förderung der ländlichen Entwicklung über 2021 hinaus und durch die Umsetzung der Weiterentwicklung der GAK zu einer Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung zu ermöglichen;
 - 1.4. sich auf EU-Ebene für eine kohärente Regionalpolitik einzusetzen, die einen leichten Zugang zu den Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ermögliche;
2. Mitsprache, Engagement und Teilhabe zu fördern;
3. einen bedarfsgerechten und verlässlichen Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewährleisten;
4. gemeinsam mit den Bundesländern und Kommunen darauf hinzuwirken, dass Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, wie auch Kitas und Schulen langfristig finanziert werden;
5. bunte und lebendige Ortskerne zu erhalten sowie Zersiedelung und Flächenfraß zu verringern;
6. gute und bezahlbare Wohnqualität in ländlichen Regionen zu schaffen und zu sichern, sodass Wohnen in Ballungsräumen sowie in ländlichen Räumen bezahlbar und attraktiv bleibe;
7. Kultur auch als Standortkriterium ernst zu nehmen und vor Ort Engagierte besser zu unterstützen;
8. intakte Natur und Naturschutz auch als Beitrag zur Lebensqualität zu begreifen und Regionen darin zu fördern, Natur und Umwelt zu schützen, sowie die daraus erwachsenden Chancen für Erholung, Gesundheit, Tourismus und Bildung für nachhaltige Entwicklung zu stärken;
9. organisatorische Voraussetzungen für eine zukunftsgerichtete Entwicklung der Regionen zu schaffen, unter Einbezug der Regionalplanung und mit dem Ziel regionaler Ansiedlungen;

10. den Ausbau von Breitband und Digitalisierung als Grundvoraussetzung für attraktive Regionen sowie zukunftsgerichtetes Wirtschaften und Arbeiten zu begreifen;
11. in der Verkehrspolitik die Erreichbarkeit und die Mobilität in allen Regionen mit bedarfsgerechten und nachhaltigen Lösungen sicherzustellen;
12. im ländlichen Raum zukunftsweisende Konzepte im Bereich Arbeit und Wirtschaft zu entwickeln;
13. regionale Wirtschaft durch gezielte Gründungs-, Wachstums- und Forschungsförderung sowie bessere Standortvoraussetzungen für Mittelstand und Handwerk in Schwung zu bringen.

Zu Buchstabe c

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/10640 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

1. gemeinsam mit den Bundesländern einen Pakt für lebenswerte Regionen zu schließen, um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle herzustellen, und dazu im Einklang mit den kooperativen föderalen Elementen des Grundgesetzes die verfassungsmäßige Rechtsgrundlage zu ändern, indem den schon bestehenden Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) und zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) eine weitere Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge (GRD) hinzugefügt wird;
2. im Rahmen der neuen Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge (GRD) ein gemeinsames Finanzierungsinstrument von Bund und Ländern, das Bund-Länder-Programm „Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle“ einzuführen;
3. aus dem Bund-Länder-Programm „Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle“ eine Kompetenzagentur für Investitionen mit Anlaufstellen in den Regionen, die Kommunen bei der Planung und Umsetzung von Projekten sowie der Beantragung von Fördermitteln unterstützen, zu finanzieren;
4. eine Versorgungsgarantie für die Regionen mit einer „Räumlichen Grundsicherung“ zu geben und gemeinsam mit den Bundesländern dazu Standards festzulegen;
5. in der „Räumlichen Grundsicherung“ die „Regionale Mobilitätsgarantie“ einzurichten, damit alle Menschen ein schnelles und regelmäßiges Bus- oder Bahnangebot ins nächste Unter- oder Mittelzentrum erhalten. Eine „Regionale Mobilitätsgarantie“ ermögliche gerade Pendlerinnen und Pendlern eine komfortable, schnelle und nachhaltige Alternative zum Auto;
6. in der „Räumlichen Grundsicherung“ die „Regionale Gesundheitsversorgung“ einzurichten, denn gerade in ländlichen und strukturschwachen städtischen Regionen seien große Anstrengungen nötig, um einen bedarfsgerechten und verlässlichen Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewährleisten;
7. im Rahmen der bestehenden Gewährleistungsverantwortung des Bundes einen Rechtsanspruch auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss für alle Bürgerinnen und Bürger, Haushalte, öffentliche Einrichtungen, Schulen, kleinen und mittleren Unternehmen und gemeinnützigen Vereine gesetzlich zu verankern und über die bestehenden Aufsichtsstrukturen dafür zu sorgen, dass Mobilfunkunternehmen ihre Auflagen aus den LTE-Lizenzversteigerungen von 2015 erfüllen und den flächendeckenden Ausbau einer mobilen Breitbandversorgung mit 4G zeitnah umsetzen sowie perspektivisch 5G ausbauen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 125. Sitzung am 24. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/17772 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 70. Sitzung am 9. September 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/17772 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat in seiner 125. Sitzung am 3. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10639 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 111. Sitzung am 24. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10639 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 75. Sitzung am 3. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10639 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 146. Sitzung am 24. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10639 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat in seiner 105. Sitzung am 24. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10639 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 67. Sitzung am 24. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10639 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 72. Sitzung am 3. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10639 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 66. Sitzung am 3. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10639 abzulehnen.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat in seiner 125. Sitzung am 3. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10640 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 111. Sitzung am 24. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10640 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 75. Sitzung am 3. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10640 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 87. Sitzung am 24. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10640 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 146. Sitzung am 24. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10640 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat in seiner 105. Sitzung am 24. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10640 abzulehnen.

IV. Öffentliche Anhörung von Sachverständigen

Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen hat zu den Anträgen auf Drucksachen 19/17772, 19/10639 und 19/10640 in seiner 62. Sitzung am 18. November 2020 eine öffentliche Anhörung durchgeführt.

Folgende Sachverständige haben an der Anhörung teilgenommen:

Prof. Dr. Peter Dehne, Fachbereich Landschaftswissenschaften und Geomatik, Hochschule Neubrandenburg

Dr. Markus Eltges, Leiter, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, Technische Universität Kaiserslautern

Dr. phil. Andreas Kallert, Philipps Universität Marburg

Uwe Lübking, Beigeordneter für Recht, Soziales, Bildung und Sport, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Dr. Klaus-Heiner Röhl, Senior Economist für Unternehmen, Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln)

Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Hilmar von Lojewski, Deutscher Städtetag

Matthias Wohltmann, Beigeordneter Dezernat III, Deutscher Landkreistag

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung ist in die Ausschussberatung eingegangen. Das Wortprotokoll (62. Sitzung) und die schriftlichen Stellungnahmen der geladenen Sachverständigen auf den Ausschussdrucksachen 19(24)248-A bis 19(24)248-I wurden der Öffentlichkeit über das Internet zugänglich gemacht (www.bundestag.de/bau).

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen hat die Anträge auf Drucksachen 19/17772, 19/10639 und 19/10640 in seiner 74. Sitzung am 24. März 2021 abschließend behandelt.

Die Fraktion **DIE LINKE.** erinnerte an die öffentliche Anhörung am 18. November 2020, die sehr aufschlussreich gewesen sei. Die Sachverständigen hätten bestätigt, dass die Anstrengungen, die zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land, in Ost und West sowie in Nord und Süd unternommen würden, verstärkt werden müssten. Die Fragestellungen seien nach wie vor akut – und insbesondere auch in der Corona-Krise. Gerade die Pandemie habe besonders deutlich gezeigt, dass viele Dinge im Argen lägen, unter anderem bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Digitalisierung. Es gebe deshalb viele Schwierigkeiten in den Gesundheitsämtern und den Schulen. Die Finanzierung der Kommunen über die Gewerbesteuer führe dazu, dass in Gegenden, wo die wirtschaftliche Lage der Gemeinden ohnehin schwierig sei, auch die Einnahmen niedrig seien. Das schränke die Gestaltungsmöglichkeiten und die Optionen, Defizite auszugleichen, massiv ein. Die Altschuldenproblematik der Kommunen und der Wohnungsunternehmen sei nach wie vor ungeklärt. Gerade Kommunen, denen es ohnehin schlecht gehe, könnten deshalb an Unterstützungsprogrammen nicht partizipieren, weil sie nicht die Möglichkeit hätten, die notwendigen Eigenbeteiligungen zu bezahlen. Es müssten entscheidende Schritte unternommen werden, diese Kommunen finanziell besserzustellen, sonst sei das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht zu erreichen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte, im Grundgesetz sei das Versprechen von gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Regionen festgeschrieben. Das heiße nicht, alles müsse gleich werden, aber die Chancen und Zugänge sollten gleichwertig sein. Nachdem die Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ nach jahrelanger Arbeit nur enttäuschende Ergebnisse vorgelegt habe, sei es dringend notwendig, über eine Neuaufstellung der Förderpolitik, über bessere Zugänge zu Förderprogrammen und über die Frage einer guten Daseinsvorsorge in den unterschiedlichen Regionen zu sprechen. Dafür habe die Fraktion zwei Anträge vorgelegt. Die Corona-Krise lasse befürchten, dass die Unterschiede in den Regionen weiter anwachsen würden. Deshalb müsse man darüber nachdenken, ob die vorhandenen Instrumente ausreichen und ob sie dort ankmen, wo sie gebraucht würden. Ein Neustart in der Förderpolitik müsse eine klarere Orientierung auf die einzelnen Regionen vorsehen. Bei Förderansätzen müssten auch die jeweilige Situation und die Bedarfe der Region stärker in den Blick genommen werden. In der bisherigen Praxis würden die Mittel vieler Förderprogramme nicht ausgegeben, weshalb sie neu aufgestellt werden müssten. Es gebe bereits zwei Gemeinschaftsaufgaben, die regionale Wirtschaftsförderung und die Agrarförderung. Das bilde aber die heutigen Frdererfordernisse nicht ausreichend ab. Deshalb werde eine dritte Gemeinschaftsaufgabe vorgeschlagen, die regionale Daseinsvorsorge, in der Bund und Bundesländer gemeinsam die Regionen unterstützen würden, die im Bereich der Daseinsvorsorge Bedarfe hätten. Von Seiten des Bundes sollte diese Gemeinschaftsaufgabe zunächst mit 550 Millionen Euro ausgestattet werden. Die Bundesländer müssten sich ebenfalls an der Finanzierung beteiligen, um in den zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge eine Verbesserung zu erreichen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, die drei Anträge der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DE GRÜNEN, enthielten wenig Neues. Viele Passagen schienen direkt oder leicht abgewandelt aus dem „Plan für Deutschland“ entnommen worden zu sein, dem Papier, das das BMI aus den Ergebnissen der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ erstellt und im Juli 2019 veröffentlicht habe. Die Anträge enthielten aber auch grobe Fehler. Es werde wieder betont, dass die Gleichwertigkeit zunächst ein Problem von Ost und West sei. Das stimme so nicht. Mittlerweile gebe es republikweit Probleme, die zu lösen seien. Das angesprochene Problem der Altschulden ausschließlich über einen Bundesfonds zu regeln, sei falsch, zumal nicht erkennbar sei, wie die Ursachen der Schulden beseitigt werden sollten. Eine Entschuldung allein sei keine Lösung, es müsse auch verhindert werden, dass es wieder zu einer neuen Anhäufung von Schulden komme. Der Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Fördersystematik neu zu justieren, laufe ins Leere, weil das bereits erfolgt sei, beziehungsweise laufend erfolge. In den Anträgen stehe fast nichts Neues, was nicht im „Plan für Deutschland“, bereits enthalten sei. Man müsse diesem Plan eine Chance auf Umsetzung geben. Das sei ein langfristiger Prozess.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte, mit den vorliegenden drei Anträgen sollten Kommunen mit Bundesmitteln unterstützt werden, ohne ein Konzept zu präsentieren, wie das Geld direkt zu den Menschen gelangen solle. Nach den sehr ähnlichen Vorstellungen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollten die gleichwertigen Lebensverhältnisse dadurch hergestellt werden, dass bestimmte Institutionen, Kommunen oder Initiativen mehr Geld erhielten, wohl in der Hoffnung, dass das Geld dann irgendwie bei den Menschen in der Region ankomme. In der Regel würde das Geld nicht in den produktiven Teil der lokalen Wirtschaft fließen, sondern es würden hier wieder Transferleistungen vorgeschlagen, die ihre Wirkung schlagartig verlören, wenn der Geldfluss zum Erliegen komme. Das Ergebnis solcher Politik wäre die weitere Steigerung der Staatsquote und ein weiteres Absinken der Produktivität in den betroffenen Regionen. Eine wirtschaftlich nachhaltige Erholung würde damit in immer weitere Ferne rücken. Vollends absurd sei die Annahme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass Aktivitäten zur Demokratiestrkung und gegen Rassismus irgendwie zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen könnten. Dieser Unsinn stehe bereits im Bericht der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“. Hier sollten Günstlinge mit Steuergeld bezahlt und im Ergebnis eine Staatswirtschaft zu Lasten der produktiven Wirtschaftsbereiche etabliert werden. Richtig sei, dass die strukturschwachen Regionen eine gute Infrastruktur bräuchten. Wichtig sei aber auch, den Menschen die bestehenden Handlungsmöglichkeiten und Freiheiten zu erhalten. Die meisten Forderungen des links-grünen Mainstreams würden bei Realisierung eine Erholung strukturschwacher Regionen dauerhaft verhindern und diese sogar weiter entvkern. Wer einen ideologisch motivierten Kampf gegen das private Auto führe, der nehme den Menschen auf dem Land die Lebensqualität und Sorge dafür, dass sich die Landflucht weiter beschleunige. Die immer wieder geäußerte Idee, dass man die Entstehung der Lücke mit einem verbesserten ÖPNV oder mit dem Rufbus schließen könne, lasse auf eine massive Realittsverweigerung schließen. Wer solche Forderungen weiterhin durchsetze, Sorge dafür, dass die Lebensverhältnisse immer ungleicher würden. Daran änderten auch die vorliegenden Anträge nichts.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen ein elementares Thema und quasi das Motto des Koalitionsvertrags sei. Die Große Koalition habe eine ganze Reihe von Erfolgen vorzuweisen. Bis zur Corona-Krise habe sich die Lage der Städte und Gemeinden insgesamt deutlich verbessert, angefangen bei Kassenkrediten, über die Investitionsquote, den Schuldenabbau bis hin zu deutlich erhöhten Steuereinnahmen. Die Schere zwischen den Kommunen sei nicht weiter auseinandergegangen, sondern im Gegenteil zusammengeführt worden. Der Grund dafür sei eine erfolgreiche Struktur-, Innovations- und Steuerpolitik gegenüber Städten und Gemeinden gewesen. Viele Anregungen in den Anträgen litten an einem Grunddilemma, das sie gar nicht auflösen könnten: Das Verhältnis von Bund, Ländern und Kommunen. Es würden regelmäßig Durchgriffsvorschläge gemacht, die ohne die Bundesländer nicht umzusetzen seien. Das gelte beispielsweise für die sinnvollen begleiteten Regionalbudgets, die die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN immer wieder thematisiere und die völlig irrige Vorstellung der Fraktion DIE LINKE., man könnte das Konnexitätsprinzip einfach ins Grundgesetz schreiben. Das würde eine fundamentale Veränderung des Föderalismus bedeuten. Selbst wenn der Bund das wollte, würden die Bundesländer das verhindern. Die Konnexitätsprüfung gegenüber den Kommunen finde in Wirklichkeit im Bundesratsverfahren statt, immer wieder und regelmäßig, aber nicht hinreichend. Eine neue Gemeinschaftsaufgabe würde ebenfalls nicht die Zustimmung der Bundesländer finden. Es sei schwierig genug gewesen, die regionale Wirtschaftsförderung auf ganz Deutschland auszuweiten und im Volumen zu verdoppeln. Es werde weiter an der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse gearbeitet. Neben der im Zuge der Corona-Krise erfolgten Übernahme von Gewerbesteuerausfällen und der dauerhaften Entlastung bei den Sozialausgaben werde weiter an der Frage der kommunalen Altschulden gearbeitet.

Die **Fraktion der FDP** unterstrich, dass das Thema wichtig sei und nachhaltige Lösungen entwickelt werden müssten. In den drei Anträgen seien durchaus gute Ansätze enthalten, insgesamt seien sie jedoch abzulehnen. Das Thema Konnexität bleibe wichtig. Auch wenn die SPD-Fraktion mit ihrer Einschätzung richtig liege, dürften die Kommunen nicht mit Aufgaben allein gelassen werden, die sie nicht mehr stemmen könnten. Der wichtigste Punkt sei, dass in keinem Satz die Eigenverantwortung der Kommunen oder ein gesunder Wettbewerb genannt würden, sondern es gehe immer darum, mit der Gießkanne Geld zu verteilen. Das möge vor Wahlen attraktiv sein, sei aber nicht wirklich hilfreich. Es gehe darum, Strukturen zu schaffen, die den Menschen sowohl auf dem Land, als auch in der Stadt ein lebenswertes Umfeld böten. Das müsse auch von den Kommunen selbst angegangen werden. Die vorliegenden Anträge würden das strukturelle Problem in den Kommunen nicht ändern. Natürlich dürfe man die Kommunen nicht im Regen stehen lassen und deshalb sollte es auch Fördermittel geben. Dies gelte gerade in der Corona-Krise, die die Kommunen noch lange belasten werde. Am Ende müssten die Kommunen aber auf eigenen Beinen stehen und dürften nicht durch Förderzahlungen des Bundes abhängig gemacht werden. Eine Gemeinschaftsaufgabe regionale Daseinsvorsorge sei nicht überzeugend. Bei dem Instrument sei die Frage ungeklärt, ob es wirklich fair und zielführend arbeite. Das sei auch in der Anhörung am 18. November 2020 angesprochen worden. Die Mischfinanzierung würde einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich bringen, denn auf jeder der beteiligten Ebenen müssten Fachkräfte für die Planung und Abwicklung der Förderpolitik vorgehalten werden. Diese Mehrfachbürokratie sei gerade in der Corona-Krise nicht zu rechtfertigen. Hinzu komme noch die Folgekostenproblematik für angeschobene Investitionen, die nicht weiter gefördert würden. Die Kommunen müssten sich mehr darauf konzentrieren, das eigentliche Strukturproblem zu lösen, als sich darum zu kümmern, wie man an Fördermittel komme.

Im Ergebnis beschloss der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 19/17772 zur Ablehnung zu empfehlen. Weiter beschloss der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 19/10639 zur Ablehnung zu empfehlen und er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 19/10640 ebenfalls zur Ablehnung zu empfehlen.

Berlin, den 24. März 2021

Torsten Schweiger
Berichterstatter

Bernhard Daldrup
Berichterstatter

Udo Theodor Hemmelgarn
Berichterstatter

**Dr. Marie-Agnes Strack-
Zimmermann**
Berichterstatterin

Kerstin Kassner
Berichterstatterin

Britta Habelmann
Berichterstatterin